

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.02.2023
- 3 Berichterstattungen der Kultureinrichtungen KUBUS, Hans-Otto-Theater und
Musikfestspiele Potsdam Sanssouci
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 4.1 Sitzordnung im Plenarsaal
Vorlage: 22/SVV/1146
Fraktion DIE aNDERE
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Parkeintritt
- 5.1.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 5.1.2 Parkeintritt und Hauptstadtvertrag
Vorlage: 23/SVV/0008
Fraktion DIE LINKE
- 5.1.3 Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern!
Vorlage: 22/SVV/1264
Fraktion DIE aNDERE
- 5.1.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung
(Parkeintritt)
Vorlage: 22/SVV/1124
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.1.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks
auch für Naherholung
Vorlage: 22/SVV/1133
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

- 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“
Nummer 4: Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke
Vorlage: 22/SVV/1123
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 5.3 Biosphäre
 - 5.3.1 Umfirmierung der Biosphäre Potsdam GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie Verkauf von Geschäftsanteilen innerhalb des städtischen Beteiligungsportfolios
Vorlage: 23/SVV/0028
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
 - 5.3.2 Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Volkspark, Biosphäre und anderen städtischen Einrichtungen
Vorlage: 23/SVV/0169
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 5.4 Kostenloser Internetzugang für Patient:innen im Klinikum "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/1263
Fraktion DIE aNDERE
- 5.5 Tourismuskonzept der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0007
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
 - 7.2 Zwischenbericht - Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 22/SVV/1222
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service
 - 7.3 Ergebnisse des Stresstests zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz
Vorlage: 23/SVV/0173
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.02.2023

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte **7.1** - Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge ... und **7.3** - Ergebnisse des Stresstests zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz **nach** dem Tagesordnungspunkt **3** - Berichterstattungen der Kultureinrichtungen KUBUS, Hans-Otto-Theater und Musikfestspiele Potsdam Sanssouci – aufzurufen, um die anwesenden Gutachter nicht über Gebühr zu beanspruchen. Er kündigt im Weiteren an, einen kurzen Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen nach der Klausur Garnisonkirche zu geben. Dieser Tagesordnungspunkt soll unter „Sonstiges“ beraten werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 69. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.02.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 3 Berichterstattungen der Kultureinrichtungen KUBUS, Hans-Otto-Theater und Musikfestspiele Potsdam Sanssouci

Der Oberbürgermeister begrüßt die Geschäftsführenden der Kultureinrichtungen KUBUS, Hans-Otto-Theater und Musikfestspiele Potsdam Sanssouci und bittet, Herrn Gerlach für die Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gemeinnützige GmbH (KUBUS) zu beginnen.

Herr Gerlach geht in seinem Bericht auf die Aufgaben der Gesellschaft, die Leistungsbeschreibung, die strategischen Ziele insgesamt und bezogen auf die einzelnen Sparten ein.

Anschließend berichten für die Hans-Otto-Theater GmbH Frau Jahnke über die Entwicklung der Besucher- und Abonnementzahlen und Frau Kircherer über die größten Herausforderungen der nächsten Jahre, wie die Finanzierung der

dringend notwendigen Investitionen, die Schaffung von Lagerflächen und Containerstellplätze in der Nähe des Zentrums sowie die Finanzierung der Deckungslücke ab dem Jahr 2025.

Frau Bohmann führt für die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci zu den strategischen Zielen und Kernthemen der Gesellschaft aus sowie zur aktuellen Lage bzgl. der Besucher- und Auslastungszahlen, den Finanzen und besonderen Herausforderungen. Abschließend gibt sie einen Ausblick auf Programm und Inhalte des Jahres 2023. (Alle Präsentationen sind dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Im anschließenden Meinungsaustausch wird den Geschäftsführenden für die beeindruckenden Berichte gedankt und betont, dass nach „Corona“ von den Einrichtungen vorhandene Bindungen kreativ genutzt wurden. In den steigenden Besucherzahlen bilde sich die Bedeutung der kulturellen Bereiche für die Menschen ab. Dies sollte zur Kenntnis genommen und in der Diskussion im politischen Raum berücksichtigt werden.

zu 7.1 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss

Vorlage: 22/SVV/1218

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind aus dem Gutachter-Team Herr Wagner und Herr Massalski anwesend und erläutern anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Zielstellung/Leistungen, einschließlich der einzelnen Arbeitspakete. Sie gehen auf die Potenziale aus der Betrachtung des Ist-Prozesses ein und erläutern Vorschläge zur Gestaltung des Soll-Prozesses.

In der sich anschließenden Diskussion wird der Focus insbesondere darauf gelegt, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung ab- und welche Maßnahmen sie einleite, um mit den Ergebnissen umzugehen sowie die Möglichkeiten, den Aufarbeitungsprozess auch für die Politik transparent zu machen.

Auf die Beschlusschronologie in 2019 (Gutachten) und 2020 (Fragenkatalog) verweisend, führt der Oberbürgermeister aus, dass das Gutachten auch in der Beigeordnetenkonferenz vorgestellt wurde und er bereits Entscheidungen hinsichtlich der Organisationspostfächer getroffen habe.

Daran schließe sich im ersten Schritt die Dokumentation des Aktenbestandes an; ein Auftrag an das Rechnungsprüfungsamt sei ergangen, um mehrere Fragen zu klären. Im zweiten Schritt sollen das „Konsensgutachten“ zur Verschmelzung der Fachbereiche 21 (Bildung und Sport) sowie 35 (Jugendamt) ausgewertet und mit dem Gutachten zur Organisationsuntersuchung des FB 23 (Bildung, Jugend und Sport) abgeglichen bzw. alle Gutachten „übereinandergelegt“ werden.

Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.23 habe er seine persönliche Teilnahme zugesagt, hofft bis dahin zu den offenen Fragen eine Stellungnahme zu erhalten, um Fragen von Aktenführung, Transparenz sowie Prozessabläufen beantworten zu können und dies in die Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses einfließen zu lassen.

Herr Heuer betont, dass er den ursprünglichen Fehler in der Landesgesetzgebung sehe, der auch bis heute nicht aufgearbeitet sei.

Demzufolge werden strittige Themenbereiche mit einer unterschiedlichen Rechtsauffassung betrachtet und fehlen neben rechtssicheren Vorgaben des Landes auch klare Aussagen im Gutachten.

Dies, so der Oberbürgermeister, müsse unter Berücksichtigung der Gemengelage relativiert werden und werde sich in der weiteren Betrachtung sicherlich konkretisieren lassen.

**zu 7.3 Ergebnisse des Stresstests zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz
Vorlage: 23/SVV/0173**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Die vorliegenden Ergebnisse werden von Frau Pfeiffer und Herrn Gutsche (Drees & Sommer) erläutert (Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt).

Der Oberbürgermeister bedankt sich ausdrücklich für die umfangreiche Arbeit von Drees & Sommer und betont, dass diese Ergebnisse die Basis für die nächsten Jahre, als wichtiger „Fingerzeig für ein Milliardenprojekt“, seien und genutzt werden, um den entsprechenden Situationen besser begegnen zu können. Das Projekt nehme Schritt für Schritt Fahrt auf; das bedarf auch eines Aufwuchses der Kapazitäten, z.B. bei Herrn Kümmel.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, worin der Mehrwert dieses Gutachtens liege, da dieses Projekt einen langen Vorlauf habe und die Erkenntnisse an sich nicht neu seien, entgegnet er, dass dieser sich in der komplexen Erarbeitung und gut unteretzten Darstellung finde. Darüber hinaus seien Fragen von Abhängigkeiten und deren Auswirkungen für das gesamte Projekt wichtig. Diese Betrachtung komplex zusammengefasst habe eine ganz andere Qualität.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

**zu 4.1 Sitzordnung im Plenarsaal
Vorlage: 22/SVV/1146**

Fraktion DIE aNDERE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OB wird beauftragt, für die Sitzungen des Hauptausschusses und der Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich Sitzungsräume zur Verfügung zu stellen, die einen Sichtkontakt aller an den Sitzungen Teilnehmenden untereinander ermöglicht (runder Tisch oder U-förmige Anordnung) und Präsentationen auf den Leinwänden für alle gut sichtbar abbildet.

Der Oberbürgermeister verweist auf den Wechsel des Sitzungsraumes (vom Plenarsaal in den Raum 280a) für den Hauptausschuss und sieht diesen Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt an.

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung der DS 22/SVV/1146 wird

einstimmig angenommen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Parkeintritt

zu 5.1.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Vorlage: 22/SVV/0704

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Der Oberbürgermeister führt rückblickend auf die bisher geführte Diskussion aus, dass diese in der neuen Fassung vom 20.02.2023 Berücksichtigung gefunden habe. Er bittet, den neuen Vorschlag zu diskutieren und verbindet damit die Hoffnung, noch vor der Diskussion der Haushaltssatzung eine Entscheidung treffen zu können.

Dr. Zalfen betont, dass die Fraktion SPD schon in der letzten Sitzung dafür plädiert habe, dem Oberbürgermeister ein Verhandlungsmandat zu geben. Ziel bleibe es nach wie vor, einen Parkeintritt nicht zuzulassen. Die Diskussion in der letzten Sitzung des Hauptausschusses habe aber gezeigt, dass offene Fragen weiterhin zu diskutieren seien und mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag gebe es die Chance, in einem erweiterten Zeitraum bestehende Möglichkeiten zu prüfen. Dennoch schlage die Fraktion SPD eine Änderung wie folgt vor:

Änderungsantrag Fraktion SPD:

Im Punkt 3 wird gestrichen:

Einführung eines ~~Kunden~~**Beirates** für die Parks der SPSG auf dem Gebiet der LHP um Nutzungskonflikte

Punkt 6 wird zu Punkt 4, einschließlich der Streichung im letzten Satz:

~~... . Dieses Konzept soll zur Entscheidungsfindung über die Verlängerung der finanziellen Beteiligung am Pflegeaufwand über das Jahr 2024 hinaus geeignet sein und insbesondere über mögliche Kosten und geplante Zugangsbeschränkungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer aufklären.~~

Punkt 4 wird zu Punkt 5,

Punkt 5 wird zu Punkt 6, einschließlich folgender Änderungen/Ergänzungen:

Der Vertrag wird zunächst für das Jahr 2024 verlängert und ~~im~~ **bis** Herbst 2024 evaluiert. **Bei positiver Evaluierung wird der Vertrag um weitere 4 Jahre verlängert.**

Dieser Prozess, so Herr Dr. Scharfenberg, sei unglücklich gelaufen und die „Gebühr“ zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Der Handlungsauftrag müsse unter der Maßgabe erteilt werden, so wenig wie möglich bis nichts zu zahlen. Die

Diskussion sei mit der vorliegenden neuen Fassung nicht zu Ende.

Herr Finken meint, dass diese Diskussion auf politischer Ebene geführt werden müsse. Rückblickend auf die Entscheidungen in den 90er Jahren waren das eben der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg. Die Fraktion CDU könne lediglich den Punkten 1,3 und 6 zustimmen.

Frau Hüneke entgegnet darauf, dass in Replik auf die Historie die Entscheidung in den 90er Jahren zu einer enormen Entlastung des städtischen Haushalts geführt habe, denn zu diesem Zeitpunkt lag die Verantwortung für die Parks und Gärten bei der Stadt Potsdam. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe eine sachliche Berechtigung für den Zuschuss, so wie in den vorangegangenen Vorlagen des Oberbürgermeisters auch. Die neue Fassung sei ein weitgehender Kompromiss und ein geschickter Weg. Sie wirbt um Zustimmung für diesen Vorschlag; dies sei mühevoll aber nicht zu ändern.

Herr Wollenberg fordert für die Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam einen Dialog auf Augenhöhe mit einem offenen Ergebnis, denn bis jetzt könne die Stiftung so agieren wie sie agiert, weil sie es kann.

Herr Said signalisiert für die Fraktion AfD Zustimmung und bittet die Begrifflichkeit „Nutzer“ durch „Besucher“ zu ersetzen.

Die Fraktion DIE aNDERE, so Herr Richter, werde dem Vorschlag nicht zustimmen, da dies kein klarer Verhandlungsauftrag sei.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass hier mehrere Player im Spiel seien und er keines der Ziele separiere, aber versuchen werde unter den 5 Mio. Zuschuss zu kommen. Nach den Äußerungen von Herrn Dr. Vogtherr sei es illusorisch „das“ nur für ein Jahr machen zu wollen.

Herr Teuteberg bedankt sich beim Oberbürgermeister für den neuen Vorschlag und bittet, den Punkt 6 ohne die von der Fraktion SPD vorgeschlagenen Streichungen abzustimmen. Mit dem vorgeschlagenen Punkt 4 sei „Bewegung“ erkennbar, so dass er sich heute der Stimme enthalte und Rücksprache mit seiner Fraktion nehmen werde.

Herr Finken erklärt die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion CDU für erledigt.

Abstimmung:

Die Streichung im Punkt 3

Einführung eines ~~Kunden~~**Beirates** für die Parks der SPSG auf dem Gebiet der LHP um Nutzungskonflikte wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Abstimmung:

Die Änderung, dass Punkt 6 zum Punkt 4 wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Abstimmung:

Die Streichung des Satzteiles im **neuen** Punkt 4 (6 alt)

Dieses Konzept soll ~~zur Entscheidungsfindung über die Verlängerung der finanziellen Beteiligung am Pflegeaufwand über das Jahr 2024 hinaus geeignet sein~~ und insbesondere über mögliche Kosten und geplante Zugangsbeschränkungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer aufklären.

wird

mit Stimmenmehrheit angenommen
bei einigen Stimmenthaltungen.

Abstimmung:

Die Ergänzung des Satzes im neuen Punkt 5

Bei positiver Evaluierung wird der Vertrag um weitere 4 Jahre verlängert.

wird

mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt.**

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD mit den Punkten:

1. Für den Zeitraum einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhalt und an der Pflege der Anlagen der SPSG wird der kostenlose Eintritt in den Volkspark Potsdam auf Studierende, Azubis und alle SGB-Leistungsbeziehende inkl. Wohngeld ausgeweitet
2. Zur (anteiligen) Deckung der Mehrausgaben wird eine Prüfung der Ausweitung der Übernachtungssteuer auf Dienstreisen eingeleitet.

wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird die **so geänderte neue Fassung der DS 22/SVV/0704 vom 20.02.2023** zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg eine neue Vereinbarung zur finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt am Pflegeaufwand der Potsdamer Parks und Gartenanlagen zu verhandeln.
2. Sollte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten nachweisen können, dass trotz erhöhter Zuwendungen ihrer Stifter weiterhin ein Pflegedefizit in Potsdamer Parks und Gartenanlagen besteht, ist die Landeshauptstadt zur Wahrung des Gartendenkmals und zur Förderung des Tourismus, der Förderung des kulturellen Erbes, des Klimaschutzes und der Naherholung der Potsdamerinnen und Potsdamer bereit, einen finanziellen Beitrag zum

Abbau des nachgewiesenen Defizits zu leisten.

3. Bedingungen einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt für die Laufzeit der Vereinbarung sind:
 - a) Ein Nachweis des Pflegedefizits in den Potsdamer Parks und Gartenanlagen, das durch Aspekte entsteht, von denen die LHP profitiert, wie zum Beispiel Tourismus und die Naherholung der Potsdamerinnen und Potsdamer
 - b) Eine Zusage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, für die Parks und Gartenanlagen auf dem Gebiet der Stadt Potsdam keinen pflichtigen Eintritt zu erheben
 - c) Eine Fokussierung der Maßnahmen auf die Sicherung des Bestandes an Bepflanzungen und Bäumen um den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken
 - d) Eine vertraglich für die Dauer der Zahlung abgesicherte Vertretung der Landeshauptstadt Potsdam in den Stiftungsgremien oder eine regelmäßige Beteiligung an deren Sitzungen verbunden mit einer Berichtspflicht für den Vertreter der LHP
 - e) Ein Vorschlag über die Einführung eines **KundenBeirates** für die Parks der SPSG auf dem Gebiet der LHP um Nutzungskonflikte an unterschiedlichen Standorten unter Einbeziehung der Nutzenden zu klären.
4. ~~(6)~~ Die SPSG wird gebeten, bis spätestens Ende des zweiten Quartals 2024 ein ausgearbeitetes Konzept den Stadtverordneten vorzulegen, welches Alternativen zur finanziellen Beteiligung der LHP am Pflegeaufwand der SPSG aufzeigen soll. Dieses Konzept soll ~~zur Entscheidungsfindung über die Verlängerung der finanziellen Beteiligung am Pflegeaufwand über das Jahr 2024 hinaus geeignet sein und insbesondere über mögliche Kosten und geplante Zugangsbeschränkungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer aufklären.~~
5. ~~(4)~~ Der finanzielle Beitrag der Landeshauptstadt darf maximal 1 Mio. Euro für das Jahr 2024 betragen. Der Vertragsabschluss steht unter Vorbehalt des Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung.
6. ~~(5)~~ Der Vertrag wird zunächst für das Jahr 2024 verlängert und ~~im~~ **bis** Herbst 2024 evaluiert.

Darüber hinaus beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. Für den Zeitraum einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhalt und an der Pflege der Anlagen der SPSG wird der kostenlose Eintritt in den Volkspark Potsdam auf Studierende, Azubis und alle SGB-Leistungsbeziehende inkl. Wohngeld ausgeweitet.
2. Zur (anteiligen) Deckung der Mehrausgaben wird eine Prüfung der Ausweitung der Übernachtungssteuer auf Dienstreisen eingeleitet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung 2

zu 5.1.2 Parkeintritt und Hauptstadtvertrag**Vorlage: 23/SVV/0008**

Fraktion DIE LINKE

Auf eine Einbringung/Diskussion wird unter Verweis auf die Beratung der DS 22/SVV/0704 verzichtet:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung die Forderung nach einer Neuauflage des Hauptstadtvertrages aufzumachen. In diesem Hauptstadtvertrag soll die Absicherung der Ausgleichszahlung für den Parkeintritt in Sanssouci durch das Land Brandenburg aufgenommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist bis April 2023 über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 2 Ja-Stimmen.

zu 5.1.3 Kostenfreien Eintritt in den Park Sanssouci und den BUGA-Volkspark sichern!**Vorlage: 22/SVV/1264**

Fraktion DIE aNDERE

Auf eine Einbringung/Diskussion wird unter Verweis auf die Beratung der DS 22/SVV/0704 verzichtet:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen weitere Zahlungen der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) aus.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Volkspark zur neuen Saison für alle kostenfrei zugänglich wird und ein um mindestens 200.000 Euro erhöhtes Pflegebudget erhält. Die dafür erforderlichen Mittel sollen aus der Deckungsquelle getragen werden, die der Oberbürgermeister für die Zahlungen an die SPSG vorgesehen hatte.

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, sich in Gesprächen mit den durch den Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg entsandten Stiftungsratsmitgliedern dafür einzusetzen, dass der Park Sanssouci auch weiterhin kostenfrei zugänglich bleibt.

Über den erreichten Sachstand soll der Hauptausschuss im Mai 2023 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 6

zu 5.1.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt)

Vorlage: 22/SVV/1124

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Auf eine Einbringung/Diskussion wird unter Verweis auf die Beratung der DS 22/SVV/0704 verzichtet:

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert ihre finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) oder schafft den Finanzausschuss zum nächst möglichen Zeitpunkt ganz ab. Sie stimmt somit der Erhebung eines Parkeinritts durch die SPSG zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 9

zu 5.1.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung

Vorlage: 22/SVV/1133

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Auf eine Einbringung/Diskussion wird unter Verweis auf die Beratung der DS 22/SVV/0704 verzichtet:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam wirkt im Dialog mit der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten darauf hin, dass im Park Babelsberg Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei können konkrete Angebote unterbreitet werden, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 4: Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke
Vorlage: 22/SVV/1123
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtwerke Potsdam tragen zukünftig mit Gewinnausschüttungen zur Haushaltssicherung der Landeshauptstadt Potsdam bei.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt.**

zu 5.3 Biosphäre

zu 5.3.1 Umfirmierung der Biosphäre Potsdam GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie Verkauf von Geschäftsanteilen innerhalb des städtischen Beteiligungsportfolios
Vorlage: 23/SVV/0028
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Die Vorlage wird von Herrn Kümmel eingebracht und von Herrn Leifgen, Geschäftsführer Biosphäre Potsdam GmbH, mit der Darstellung konkreter Schritte untersetzt (Präsentation dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt).

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

- 1.) Verkauf von 100 % der Geschäftsanteile der Potsdam Marketing und Service GmbH an der Biosphäre Potsdam GmbH zu einem Kaufpreis in Höhe von 55.000 € an die ProPotsdam GmbH.
- 2.) Umfirmierung der Biosphäre Potsdam GmbH in ProPotsdam Naturerlebnis GmbH sowie der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Biosphäre Potsdam GmbH gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.3.2 Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Volkspark, Biosphäre und anderen städtischen Einrichtungen
Vorlage: 23/SVV/0169
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Kostenloser Internetzugang für Patient:innen im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 22/SVV/1263

Fraktion DIE aNDERE

Frau Kapp verweist auf die im Ausschuss Gesundheit, Soziales, Wohnen und Integration durch die Fraktion DIE aNDERE geänderte Fassung:

Im Satz 1 wird „unverzüglich“ durch „ab 2027“ ersetzt. Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.

Diese Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter im städtischen Klinikum - beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Patient:innen im Klinikum „Ernst von Bergmann“ (KEvB) ~~unverzüglich~~ **ab 2027** einen kostenfreien Zugang zu Internet und Fernsehprogrammen erhalten.

~~Alle Verträge mit Dritten, die dem entgegenstehen, sind schnellstmöglich zu kündigen.~~

~~Die Stadtverordnetenversammlung ist im April 2023 über den Sachstand zu informieren.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	2

zu 5.5 Tourismuskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0007

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Die Vorlage wird von Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, eingebracht und anschließend die Fragen und Hinweise aus der Diskussion beantwortet, wie z.B. die Zielgruppe „Familie“ noch besser anzusprechen und dem Wunsch der kulturellen Einrichtungen nach einer noch engeren Kooperation zu entsprechen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das aktualisierte und überarbeitete Tourismuskonzept (TK) für die Landeshauptstadt Potsdam (s. Anlage) bildet die Grundlage für die weitere touristische Arbeit in Potsdam. Es ist wesentliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der LHP und der betrauten Gesellschaft. Im Fokus liegt die Bearbeitung der gekennzeichneten Schlüsselprojekte.
2. Das neue TK verzichtet auf die Ausweisung unterschiedlicher Szenarien (realistisch, optimistisch, pessimistisch), weil sich diese Methodik als zu

unflexibel erwiesen hat. Neu eingeführt wurden eine Mission sowie übergeordnete Leitlinien für die Tourismusentwicklung der LHP. Der Fokus auf Tourismus als Querschnittsaufgabe wird unterstrichen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfordert die Mitwirkung aller Geschäftsbereiche der LHP sowie der touristischen und kulturellen Partner.

3. Das Konzept wird fortlaufend evaluiert und fortgeschrieben.
4. Die Stadtverordnetenversammlung ist mindestens einmal im Jahr schriftlich über die Umsetzung des TK und dessen Weiterentwicklung zu informieren.
5. Zur Umsetzung des Tourismuskonzepts wird die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH eine Lenkungsgruppe bilden, mit dem Ziel ein ganzheitliches Marketing für die Landeshauptstadt Potsdam zu realisieren und die Themen Stadt-, Standort-, Kultur- und Tourismusmarketing stärker zu vernetzen.
6. Das angestrebte hohe Niveau der Tourismusentwicklung und des Tourismusmarketings sowie die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen ist nur in enger Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit der Tourismuswirtschaft und durch ein stärkeres personelles und finanzielles Engagement der Tourismuswirtschaft sowie der vom Tourismus profitierenden Wirtschaftsbereiche und Akteure zu erreichen. In diesem Kontext sind alternative bzw. ergänzende Finanzierungsmodelle zu prüfen. Die Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis der Prüfungen zu informieren. Diese Information ist mit konkreten Handlungsempfehlungen zu untersetzen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Der Oberbürgermeister informiert, dass alle drei vorliegenden Fragen durch die Verwaltung beantwortet werden.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.2 Zwischenbericht - Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden

Vorlage: 22/SVV/1222

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8

Sonstiges

Machbarkeitsstudie Plantage

Der Oberbürgermeister informiert über die Ergebnisse der Klausur der Stiftung Garnisonkirche, die weiterhin an der Machbarkeitsstudie mitwirken wolle, das Forum an der Plantage unter der Maßgabe als sinnvollen Weg erachte, dass statt des Kirchenschiffes ein „Plenarsaal“ errichtet wird und der Abstand zum Rechenzentrum erhalten bleibt. Die Fördergesellschaft habe sich gegen diesen Kompromiss ausgesprochen und die „Kreativen“ ihre Mitwirkung an der Machbarkeitsstudie abgesagt. Trotz alledem halte er daran fest, alle Protagonisten an einen Tisch holen zu wollen.

Anschließend erläutert Herr Kümmel, Geschäftsstelle Bauen, die nächsten Schritte bzgl. der Machbarkeitsstudie (Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt).